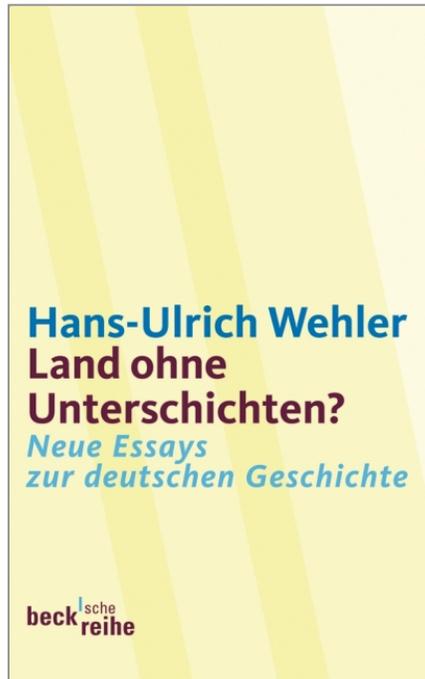


Unverkäufliche Leseprobe



Hans-Ulrich Wehler
Land ohne Unterschichten
Neue Essays zur deutschen Geschichte

288 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-58588-3

I.

1. Die Bundesrepublik: das einzige Land der Welt ohne Unterschichten?

Vor kurzer Zeit hat die bundesrepublikanische Öffentlichkeit ein bizarres Schauspiel erlebt: Die von ihren Interessenkonflikten geplagte Große Koalition war sich in einem verblüffenden Konsens plötzlich einig, dass es hierzulande keine Unterschicht gebe. Kurt Beck hatte den in Windeseile zum Reizwort aufgestiegenen Begriff gebraucht und damit eine heftige Debatte ausgelöst. Sie lief im Kern darauf hinaus, das ganz unbestreitbare realhistorische Phänomen schlichtweg, aber wortreich zu leugnen. Nur eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung präsentierte unter dem nicht durchsetzungsfähigen Kunstbegriff des «Prekariats» einen vorsichtigen Blick auf die Schichtungspyramide. Das war eine Vogel-Strauß-Taktik, die einem den Atem verschlug. Denn nirgendwo auf der Welt hat es bisher, in welchem Kulturkreis auch immer, Gesellschaften ohne eine ausgeprägte Sozialhierarchie gegeben, zu der auch immer Oberklassen, Eliten und Unterschichten gehören. Man kann im Augenblick nur immer wieder rätseln, warum ausgerechnet die Bundesrepublik einen neuen Sonderweg eingeschlagen haben soll, der sie als einziges Land auf dem Globus angeblich davor bewahrt hat, ein System der sozialen Ungleichheit, eine in Oben und Unten gegliederte Stratifikationsordnung auszubilden. Dabei hat sich die zeitgeschichtlich interessierte Soziologie in drei vorzüglichen Handbüchern von Rainer Geissler, Bernhard Schäfers und Stefan Hradil (die alle in hoher Auflage, dazu als Taschenbücher erschienen sind), darum bemüht, ein möglichst exaktes Bild erst von der westdeutschen, dann von der gesamtdeutschen Sozialstruktur zu präsentieren. Alle Anstrengung war offenbar für die Katz, was die aberhunderte von Volksvertretern im Bundestag angeht. Denn außer den Abgeordneten des Steinzeitmarxismus der Linkspartei

hat keiner sachkundige Kritik an der Ignorierung der Wirklichkeit angemeldet.

Ob mancher an die derart nivellierenden Wirkungen der «Sozialpartnerschaft» glaubt? Hat die auffällige Konfliktarmut in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften die Sinne derart eingelullt, dass die Empirie der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr wahrgenommen wird? Hat die spezifisch deutsche Diskriminierung der Klassensprache zu einem Abwehrreflex geführt, der evidente Unterschiede bestreitet? Wie aber soll eine realitätsangemessene Gesellschaftspolitik betrieben werden, wenn die strukturellen Unterschiede in der deutschen Gesellschaft kenntnislos ignoriert, verdrängt, bestritten werden? Der faule Voodoo-Zauber, den sich die politische Klasse mit ihrer einhelligen Leugnung der Unterschicht geleistet hat, ist um so verblüffender, als zu den Ergebnissen einer erfolgreich durchgesetzten Marktwirtschaft auch die Ausbildung einer Marktgesellschaft gehört, in welcher die Organisationsprinzipien des Marktes weithin die sozialen Beziehungen regieren. Auf Arbeitsmärkten wird z. B. die Leistungskapazität der Individuen zu Marktpreisen abgerufen (oder nicht honoriert). Dadurch entstehen große Sozialverbände mit einer gemeinsamen Mentalität: Max Weber hat sie treffend «marktbedingte Klassen» genannt. Das aggressiv aufgeladene Klassenbewusstsein von Proletariat und Bourgeoisie ist nur ein extremer, vergänglicher Sonderfall dieser Mentalität gewesen. Die marktwirtschaftlich durchstrukturierte Bundesrepublik hat daher folgerichtig auch ihre Marktklassen hervorgebracht, und wen der Markt ausspeit, den hat sie mit Transferleistungen in sozialstaatlichen Versorgungsklassen aufgefangen. Allerdings hat sie wegen der Nivellierungstendenzen im «Dritten Reich» sowie in der Kriegs- und Nachkriegszeit kein militantes Klassenbewusstsein ausgebildet. Aufgrund der Wohlstandsexplosion während des «Wirtschaftswunders (1950–1973) mit ihrer Vervierfachung des Einkommens, aufgrund der kraftvollen Expansion der materiell abgepolsterten mittleren Klassenlagen, in welche die Angestellten- und Facharbeiterschaft längst aufgestiegen ist, und aufgrund des «Fahrstuhl»-Effekts (Werner Sombart), der den Lebensstandard der westdeutschen Wachstumsgesellschaft ganz allgemein angehoben hat, tritt die soziale Un-

gleichheit nicht mehr so verletzend, so provokativ ins allgemeine Bewusstsein.

Dennoch gibt es hinter der Fassade des Aufstiegs schroffe, unübersehbare Disparitäten, die jeder Leugnung der sozialen Ungleichheit Hohn sprechen. Die klassischen Kriterien der Ungleichverteilung von Macht- und Herrschaftschancen, von Einkommen und Vermögen, von Prestige sind längst durch die Berücksichtigung von Alter, Geschlecht und Herkunft aus ethnischen Verbänden, von Wohnlage und Gesundheitszustand ergänzt worden. Hier einige Beispiele: Eine Neubürgerliche Oberklasse, die allerdings durch zahlreiche Kontinuitätslinien mit älteren Familiendynastien verbunden ist, repräsentiert einen bemerkenswerten Stand der Vermögens- und Einkommensverteilung. Denn die obersten zwölf Prozent aller bundesdeutschen Haushalte besaßen z. B. 1986 60 Prozent aller statistisch erfassten Vermögenswerte; einem Viertel aller Haushalte gehörten 80 Prozent des Privatvermögens. Die unteren 30 Prozent erreichten dagegen nur sage und schreibe 1,5 Prozent. Die Sozialstatistik liebt die Einteilung in Quintile: 1990 besaß das reichste Fünftel der Haushalte 63 Prozent des Nettogeldvermögens, die unteren 40 Prozent des vierten und fünften Quintils kamen dagegen auf ganze 4,5 Prozent. Die Verteilung des Geldvermögens ist übrigens in den ersten fünf Jahrzehnten der Bundesrepublik auffallend stabil geblieben und hat die Anteile der Quintile kaum verändert. Bereits in den 60er Jahren hat der Ökonom Wilhelm Krelle in einer sorgfältigen Analyse ermittelt, dass die winzige Minderheit von 1,7 Prozent aller Haushalte über 74 Prozent des Produktivvermögens und 35 Prozent des Gesamtvermögens verfügte. Dreißig Jahre später ergab seine Kontrolluntersuchung einen nahezu identischen Befund.

Auch die Grundstruktur der Einkommensverteilung ist über die Jahrzehnte hinweg, als sich der statistische Durchschnitt der Bezüge vervierfachte, erstaunlich konstant geblieben. 1950 erhielt das oberste Quintil 45,2 Prozent, 1990 43,5 Prozent; das unterste Quintil zuerst 5,4, nach vierzig Jahren egalitärer Transferpolitik 7,4 Prozent. Die Lage der drei mittleren Quintile blieb mit 49,6 Prozent stabil. Die Aufteilung des Einkommens auf die Haushalte bestätigt mithin in einem verblüffenden Maße die Kontinuität dieser Dis-

tributionsordnung. Auch die neueste Einkommensanalyse, die für 1995 40 Millionen Steuerpflichtige erfasst hat, unterstützt die eklatante Ungleichverteilung. Danach bezogen die reichsten zehn Prozent 30,5 Prozent des Nettogeldeinkommens, das 28fache der unteren zehn Prozent. Im Übrigen hat sich, wie seit Reagan in den USA und seit Thatcher in England, auch in der Bundesrepublik der seit den 1890er Jahren beobachtbare Trend weiter durchgesetzt, dass an der Spitze der Sozialhierarchie Vermögen und Einkommen so drastisch zunehmen, dass schon im gehobenen Bürgertum die sich vergrößernde Kluft, die es von dieser Plutokratie trennt, scharf empfunden wird. Umgangssprachlich gesagt: Die Reichen werden auch in Deutschland immer reicher. Der Einkommens- und Vermögensabstand zwischen der Spitzenposition und den Arbeitern hat sich kontinuierlich vergrößert. Soeben hat das «Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung» diesen Trend erneut bestätigt: In den letzten zehn Jahren hat das unterste Zehntel der Bundesbürger fünf Prozent seines Anteils am Gesamtvermögen verloren, das oberste Zehntel dagegen mehr als ein Prozent hinzugewonnen, in Ostdeutschland beträgt der Verlust sogar 14 Prozent, der Gewinn fünf Prozent.

Angesichts solcher Daten fragt man sich, wie sich das Ungleichheitsgefälle, mithin auch die Existenz von Unterklassen überhaupt leugnen lässt. Die Armut, die maximal neun Prozent der Erwerbstätigen, keineswegs also das oft beschworene Drittel erfasst, lenkt ja nur auf eine ganz spezifische Dimension der Ungleichheit hin, die damit nicht gleichgesetzt werden darf. Der Ausschluss von Herrschaftspositionen, von Vermögen und sozialer Ehre, die Diskriminierung auf dem Feld der Gesundheitsfürsorge, des Wohnens, der Freizeitgestaltung, des beschränkten Bildungszugangs für Kinder – sie erfassen ja noch ungleich größere Mengen von Unterklassenangehörigen.

Blickt man auf eine andere Ungleichheitsdimension, die nicht unmittelbar mit Reichtum und Einkommen, sondern mit der sozialen Herkunft, daher mit Sprachkompetenz, Schul- und Universitätsausbildung, also – mit Pierre Bourdieu gesprochen – mit dem sozialen und kulturellen Kapital der Familien zusammenhängt, fördert die Elitenforschung aufschlussreiche Daten über Ungleichheit

zutage. Die administrative Elite z. B. stammte bis zum Ende der 80er Jahre zu 44 Prozent aus den Familien höherer Beamter. Die offenere politische Elite, in die das Schleusenwerk der Parteien und Verbände auch Außenseiter hochträgt, beruhte ebenfalls zur Hälfte auf der Rekrutierung aus Familien von höheren Beamten und Angestellten, mithin aus den oberen Mittelklassen. An Homogenität wurde sie von der Justizelite weit übertroffen, die durch eine massive Dominanz der Beamtenherkunft, vor allem eine hohe Selbstrekrutierung aus Juristenfamilien bestimmt ist. Am weitesten fortgeschritten ist, entgegen dem Mythos von der «offenen Leistungsgesellschaft», die elitäre Schließung in der Wirtschaftselite der Vorstände und Aufsichtsräte. Bis 1995 stammten ihre Angehörigen zu 80 Prozent aus dem Großbürgertum und dem gehobenen Bürgertum, namentlich aus Unternehmerfamilien selber; sie drückten den Anteil der Spitzenkräfte aus höheren Beamtenfamilien von 40 auf zehn Prozent hinunter.

Es entspricht übrigens diesen Rekrutierungskanälen, dass auch die Heiratsmärkte überwiegend durch Homogamie bestimmt sind, denn die soziale Schließung führt dazu, dass 58 bis 80 Prozent der Ehen im selben sozialen Milieu – bei Bauern und Adligen liegt der Anteil noch weit höher – geschlossen werden. Die Klassenhierarchie reguliert noch immer weithin die Eheschließung. Auch die Liebe führt an erster Stelle unter Klassengleichen zu einer formellen Bindung.

Die Einkommens- und Vermögensverteilung, der Zugang zu mächtigen, gut dotierten Positionen im Staatsapparat und in der Wirtschaftsverwaltung beruhen auf dem Ergebnis langlebiger Prozesse, die sich seit dem Durchbruch der Industriellen Revolution in Deutschland vollzogen haben. All diese Phänomene besitzen daher eine erstaunliche Kontinuität, sind auch im Sinn der verbesserten Chancengerechtigkeit nur äußerst schwer zu korrigieren. Eine zielbewusste Sozialstaatspolitik vermag auf diesem Feld nur Millimeterweise voranzudringen. Völlig verfehlt ist der immer wieder auftauchende Vorwurf des Sozialneids, wenn nüchterne Daten zur sozialen Ungleichheit angeführt werden. Und ebenso kurzatmig ist die Anklage der derzeitigen SPD-Linken, dass die Wurzel allen Übels in Schröders Agenda 2010 liege. Besaß die Linke bisher eine

honorige Tradition der Sozialkritik, ignoriert sie jetzt vollständig die historische Tiefendimension der Probleme, welche in der Sozialstruktur aus der Bundesrepublik gespeichert sind.

2. Vom Tätervolk zum Opferkult?

Der Diskurs über die deutsche Zeitgeschichte und die Rhetorik der Viktimisierung

Blickt man auf die Geschichte der Bundesrepublik in den vierzig Jahren zwischen 1949 und 1989 zurück, wird einem die gewaltige Aufgabe, vor der dieser Neustart von Anfang an stand, noch einmal bewusst. Denn Westdeutschland musste sich nicht nur von allen Dimensionen eines deutschen «Sonderwegs», den das Land bis 1945 für sich in Anspruch genommen hatte, distanzieren. Vielmehr musste es sich auch nach dem Zivilisationsbruch des «Dritten Reiches» den Schrecken der jüngsten Vergangenheit stellen, an erster Stelle dem Genozid an der europäischen Judenheit. Das war, ganz abgesehen von den schauerlichen Aspekten dieses Massenmords, schon deshalb eine ungewöhnlich schwierige Aufgabe, weil sich Völker nur äußerst widerwillig den Verbrechen stellen, die in ihrem Namen und von ihnen selber begangen worden sind. Das ist kein spezifisch deutsches Problem, sondern offenbar durchaus ein allgemeines, wie das etwa die Einstellung der Holländer zum Indonesienkrieg nach 1945, der Franzosen zum Algerienkrieg, der Türken zum Armeniermord, der Belgier zum Kongo, der Amerikaner zur Ausrottung der Indianer enthüllt. In Westdeutschland übertraf aber der Holocaust, der das Vorstellungsvermögen ohnehin überfordert, alle bisherigen Erfahrungen eines Vernichtungskriegs. Schon das schien die modische Formel von der «Vergangenheitsbewältigung» zu einer hohlen Phrase zu machen.

Tatsächlich hat die «Vergangenheitspolitik» (N. Frei) im ersten Jahrzehnt nach der Staatsgründung trotz mancher Anstrengung dahin tendiert, der jüngsten Vergangenheit von Krieg, Führerdiktatur und Massenmord auszuweichen, ihr jedenfalls mit Amnestie, Straffreiheit und der apologetischen Floskel von der heilenden Kraft der Zeit zu begegnen. Erst mit dem Ulmer Prozess gegen das

Vernichtungswerk der Einsatzgruppen (1958) setzte ein Wandel ein, der durch die folgenden großen Prozesse (Auschwitz 1963/65, Majdanek 1975/78) vertieft wurde, denn die Berichterstattung erreichte erstmals eine breite Öffentlichkeit. Die von den Bundesländern eingerichtete Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen und die Energie einer jungen Generation von Staatsanwälten trieben die Aufarbeitung voran.

Vor allem aber war in der Bundesrepublik eine neue Disziplin der Geschichtswissenschaft, die Zeitgeschichte, erfunden worden, die sich ausschließlich der Erforschung der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Herrschaft annahm. Seit dem bahnbrechenden Werk von Karl Dietrich Bracher «Die Auflösung der Weimarer Republik» (1955) erreichte eine Flut von zeitgeschichtlichen Veröffentlichungen das deutsche Leseublikum, die in Martin Broszats Klassiker «Der Staat Hitlers» von 1968 einen neuen Höhepunkt erklimm. Die Zeitgeschichte zog eine jüngere Generation von Historikern an, die zum guten Teil noch als Soldaten oder Flakhelfer die Abgründe des Krieges kennen gelernt hatten und jetzt, durchaus auf der Linie von Theodor Mommsens berühmten Diktum, dass der Historiker «die Pflicht zur politischen Pädagogik» besitze, zur Aufklärung und Katharsis der Deutschen beitragen wollten. Sie beschränkten sich daher nicht auf das Leben im Elfenbeinturm der reinen Wissenschaft, vielmehr nutzten sie alle anderen Möglichkeiten außerhalb ihrer Institute und Universitäten: Vorträge, Volkshochschulen, Rundfunk, alsbald auch das Fernsehen, um ihrer Analyse Resonanz zu verschaffen. Sie wurden wiederum unterstützt von einer kritischen Publizistik, in der ebenfalls eine jüngere Generation von Journalisten seit dem Ende der fünfziger Jahre überall: in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen den Ton angab. Diese informelle Allianz von zeitgeschichtlicher Wissenschaft und Publizistik erwies sich im Laufe der Zeit als außerordentlich effektiv, als sie daran ging, das Schweigen, das Vergessenwollen, das Verdrängen der Vergangenheit aufzubrechen. Im internationalen Vergleich stellt diese langlebige Koalition, die im Grunde bis heute fortbesteht, durchaus ein Unikat dar. Sie lebte und lebt zutiefst von dem moralischen und politischen Impuls, sich dem Vernichtungskrieg des «Dritten Reiches» gegen Juden, Slawen

und Europa mit all seinen fürchterlichen Konsequenzen vorbehaltlos zu stellen.

Ihr gelang es während eines langjährigen und schmerzhaften Prozesses, die Westdeutschen mit ihrer Vergangenheit vor 1945 zu konfrontieren. In der DDR dagegen schloss die parteioffizielle Faschismustheorie mit dem Alleinschuldigen des Kapitalismus jede realistische Auseinandersetzung mit dem Holocaust bis 1989 aus. Seit den späten siebziger, erst recht seit den achtziger Jahren wichen die Westdeutschen dieser Vergangenheit nicht mehr aus, sondern stellten sich ihr mit wachsender empirischer Sachkunde. Das ist wegen der hohen Blockaden, die währenddessen bei einer Mehrheit erst einmal überwunden werden mussten (welche Familie akzeptiert schon bereitwillig, dass ihr Vater, ihr Ehemann, ihr Sohn an der Erschießung von tausenden von russischen Juden beteiligt war?), eine der großen Leistungen der Bundesrepublik, die jedem Vergleich mit den spektakulären Erfolgen der Westintegration, des Lastenausgleichs, der Wiedergutmachung, der dynamischen Rentenpolitik gewachsen ist.

Angesichts der Loyalität, welche die Deutschen bis zum April 1945 der Führerdiktatur bewiesen hatten, war die Einsicht, dass sie dadurch auch zu einem Tätervolk geworden waren, eine mühsam errungene Selbstkritik. Ihre Durchsetzung wurde zu keiner Zeit begleitet von einer Aufrechnung der deutschen Opfer, die an der Front, durch den Bombenkrieg, und nach Kriegsende durch die Vertreibung von Abermillionen Deutschen entstanden waren. Auch das war eine Leistung, da eine derartige Aufrechnung, die ebenfalls Millionen Tote präsentieren konnte, allzu leicht zu einer Relativierung des Menschheitsverbrechens an den Juden und Slawen geführt haben könnte.

Ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende begann sich diese Konstellation im Hinblick auf das Urteil über den Zweiten Weltkrieg allmählich zu ändern. Es setzte keine Fundamentalkritik an der kritischen Präsentation der deutschen Vergangenheit von 1945 ein, wohl aber eine Infragestellung der Dominanz der Täterrolle. Den Auftakt zu einer neuartigen Debatte über die deutschen Kriegsoffer bildete die Novelle von Günter Grass «Im Krebsgang» über den Untergang der «Wilhelm Gustloff», eines Schiffes, mit dem

nach seiner Torpedierung durch ein russisches U-Boot 9000 deutsche Flüchtlinge untergingen. An der Reaktion der westdeutschen Öffentlichkeit, auch an dem Verkaufserfolg der Novelle konnte man ablesen, dass eine neue Debatte über die deutschen Flüchtlings- und Vertreibungserfahrungen, legitimiert durch einen jedes Rechtsradikalismus unverdächtigen Nobelpreisträger wie Günter Grass, in Gang kam.

Wenig später folgte das Buch von Jörg Friedrich «Der Brand» (2002), in dem die Schrecken des alliierten Bombenkrieges gegen viele deutsche Städte mit düsterer Anschaulichkeit genüsslich geschildert wurden. Im Gegensatz zu Grass verriet Friedrichs Buch, im Nu ebenfalls ein Bestseller, der seinen Autor reich gemacht hat, fatale Urteilkategorien. Friedrich verzichtete nämlich ganz auf den historischen Kontext, der den alliierten, namentlich den englischen Bombenkrieg als Reaktion auf das deutsche Flächenbombardement von Warschau, Rotterdam, Coventry und zwanzig anderen englischen Industriestädten erscheinen lässt. Das entpuppte sich als fatale Verkürzung, zumal er den Bombenkrieg dann ganz hemmungslos mit dem Mordwerk der Judenvernichtung verglich. Die Luftflotten wurden zu «Einsatzgruppen», die Städter in ihren Kellern wurden wie Juden liquidiert usw. Damit aber tauchte bei der zweiten Wendemarke der deutschen Diskussion die verhängnisvolle Gefahr auf, auf den historischen Zusammenhang zu verzichten, in einer undisziplinierten Sprache nur das Leiden der deutschen Zivilbevölkerung zu beschreiben und durch den ganz und gar ungerechtfertigten Vergleich mit dem Holocaust zu dramatisieren. Die Reaktion bestand aus einer Mischung zum einen aus pointierter Kritik, zum anderen aus der Zustimmung, dass endlich über den Bombenkrieg diskutiert wurde. Friedrich selber hatte diese irreführende Vorstellung genährt, dass es endlich Zeit sei für diese angeblich von ihm eröffnete Debatte, obwohl es längst eine umfangreiche wissenschaftliche Fachliteratur dazu gab.

Die Resonanz von Friedrichs Buch bestätigte, dass sich eine grundsätzliche Veränderung des Diskussionsklimas und der mentalen Aufnahmebereitschaft ankündigte. Sie wurde dadurch unterstrichen, dass der «Spiegel» die Thematik in zwei Serien aufgriff. Eine agile junge Filmfirma erreichte mit einem Erfolgsstreifen über

die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 ein Millionenpublikum. Vor allem aber stieß außerhalb der Printmedien das Fernsehen, den Blick starr auf die Zuschauerquote gerichtet, in dieselbe Richtung weiter vor. Es sendete Dokumentationen über Flucht und Vertreibung, präsentierte dann aber vornehmlich einen zweiteiligen Film «Die Flucht», der am Beispiel eines ostpreußischen Guts den Treck nach Westen verfolgte. Hergestellt hatte diesen Film dieselbe Firma, die «Dresden», inzwischen auch einen Film über die Berliner Luftbrücke produziert hatte. Man mag das als lukrative Entdeckung zeitgeschichtlicher Themen charakterisieren. Doch die «Flucht» gehört auch in den Zusammenhang der neuen Debatte über die deutschen Kriegsoffer. Die Fluchtsituation, die ohnehin nicht mit ihren Massenvergewaltigungen und Tieffliegerangriffen realistisch verfilmt werden kann, wurde in diesem Film ohne Kitsch und Weinerlichkeit erfasst – deshalb wurden die Aufführungsrechte von «Dresden» und der «Flucht» inzwischen auch in mehr als fünfzig Länder verkauft. Der Film blendete aber die Ursachen der Flucht bis auf einige verbale Anspielungen aus.

So geht die Hinwendung zu den deutschen Kriegsoffern weiter: Neue Dokumentationen über Flucht und Vertreibung laufen, ein neuer, zweiter Film über den Untergang der «Gustloff» befindet sich in der Herstellung. Nachdem die Attraktion des Themas erst einmal entdeckt und bestätigt worden ist, öffnet sich ein weites Feld für deutsche Opferfilme: etwa über den Untergang der U-Boote, den Niedergang der Nachtjäger, die horrenden Verluste der Wehrmacht, etwa die Vernichtung der Heeresgruppe an der Ostfront, als die Rote Armee in zwei Wochen 350 000 deutsche Soldaten ausschaltete (nach dem Attentat auf Hitler im Juli 1944 ist bekanntlich die Hälfte aller deutschen Kriegstoten entstanden). Und schließlich droht als emotional hochbesetztes Thema die Massenvergewaltigung durch die Soldaten der Roten Armee, die seit dem Frühjahr 1945 schätzungsweise weit über zwei Millionen ostdeutscher Frauen und Mädchen, Kinder und Greisinnen Gewalt angetan haben. An ihrem Opferstatus könnte gar kein Zweifel aufkommen, an der rapiden Emotionalisierung der Diskussion aber auch nicht.

Angesichts dieser Perspektiven lässt sich die Gefahr, dass doch ein bisher verhinderter deutscher Opferkult entstehen könnte, nicht

von der Hand weisen. Man kennt aus der Erfahrung der Vereinigten Staaten, wie schnell und aggressiv sich solche Opferkulte mit ihren zahlreichen Viktimisierungsaspekten durchsetzen können. Nun ist es, mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, kaum zu vermeiden, dass nach einer intensiven Täterdiskussion auch eine Opferdiskussion ausgetragen wird. Unterdrücken kann man sie schon gar nicht, da dem die freie Öffentlichkeit entgegensteht. Und die Generation der Vertriebenen und Ausgebombten hat gewissermaßen auch ein Anrecht, dass ihre Leiden öffentlich anerkannt, nicht in der privaten Intimität des Familiengesprächs begraben werden. Aber für die Historiker und Journalisten als Wächter über ein selbstkritisches Verständnis der deutschen Vergangenheit kommt es während dieser Diskussion auf die Beachtung unverzichtbarer Kriterien an.

1. Die Sprache muss nüchtern und diszipliniert bleiben. Sie darf sich nicht in rhetorischen Exzessen des Schwelgens in grausamen Details und Gefühlen eines einseitigen Mitleids verlieren. Diesen Appell unterstützt als Gegenbeispiel Friedrichs Buch.
2. Ursache und Wirkung dürfen nicht verschleiert werden. Ohne den mörderischen Krieg, den Hitler und seine Deutschen gegen die halbe Welt geführt und bis zum Vernichtungskrieg im Osten, bis zum Holocaust gesteigert haben, wäre kein englischer Bomberverband über einer deutschen Stadt erschienen, hätte kein russischer Panzer einen Flüchtlingstreck niedergewalzt, wären nicht neun Millionen Deutsche als Folge ihres Krieges umgekommen. Deshalb kommt in dieser Diskussion alles darauf an, den historischen Kontext unmissverständlich herauszuarbeiten, Aktion und Reaktion trennscharf auseinanderzuhalten. Anstatt eine einseitige deutsche Leidensgeschichte zu präsentieren, müssen die deutschen Urheber des Unheils immer im Blick bleiben.
3. Wenn aber die Leiden der ausgebombten Städter, der Flüchtlinge und Vertriebenen, der einfachen Wehrmachtssoldaten und der Bevölkerung unter fremder Besatzungsmacht erörtert worden sind, muss mit Geduld und Hartnäckigkeit zugleich auf ein Ende dieser Debatte gedrängt werden. Denn sonst könnte das Selbstmitleid in der Tat zu einem Viktimisierungskult führen, den die

derzeitige Diskussion noch nicht erzeugt hat. Am Ende muss vielmehr die Bilanz vorherrschen, dass auch die selbstkritische Einstellung die Leiden vieler Deutscher anerkennt, aber keinen Zweifel an den Ursachen und Urhebern lässt.